

## Vorlage Stadtparlament

Datum 27. September 2022  
Beschluss Nr. 2108  
Aktenplan 152.15.12 Stadtparlament: Interpellationen

### Interpellation Alexandra Akeret, Jeyakumar Thurairajah, Miriam Rizvi, Christian Huber: Umgang mit der kolonialen Vergangenheit der Stadt St.Gallen; schriftlich

Alexandra Akeret, Jeyakumar Thurairajah, Miriam Rizvi, Christian Huber sowie 21 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 5. Juli 2022 die beiliegende Interpellation «Umgang mit der kolonialen Vergangenheit der Stadt St.Gallen» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

#### 1 Ausgangslage

Die vorliegende Interpellation nimmt nach rund 20 Jahren das Thema eines Postulatsbegehrens aus dem Jahr 2003 wieder auf,<sup>1</sup> welches Folgendes verlangt hatte:

*«Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, ob und wie die Stadt St.Gallen ihre Beteiligung sowie jener einzelner 'verdienter' Bürger an Sklaverei und SklavInnenhandel aufarbeiten lassen und sich an einer Wiedergutmachung beteiligen kann.»*

Der Stadtrat führte damals in seiner Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung dieses Postulatsbegehrens aus:

*«Der Stadtrat empfiehlt, keine eigene historische Untersuchung in Auftrag zu geben, wäre aber bereit, eine angemessene Beteiligung der Stadt an einer Untersuchung in einem gesamtschweizerischen Zusammenhang ernsthaft zu prüfen. Eine finanzielle Wiedergutmachung des in früheren Jahrhunderten zugefügten unermesslichen Leids erachtet der Stadtrat hingegen nicht als zielführend. Er erachtet es als wichtiger, zur Lösung der heutigen Probleme beizutragen und die heutigen Ungerechtigkeiten abzubauen. Dazu gehören ganz allgemein die Zielsetzungen einer sozialen und nachhaltigen Politik. Auf internationaler Ebene kann sich eine Stadt kaum direkt betätigen, aber es darf immerhin auf die Beiträge in der Entwicklungszusammenarbeit und bei aktuellen Katastrophen hingewiesen werden.*

---

<sup>1</sup> Postulat Beatrice Heilig Kirtz: St.Galler Beteiligung an Sklaverei und transatlantischem Handel mit Sklavinnen und Sklaven; eingereicht an der Sitzung des Grossen Gemeinderats (heute: Stadtparlament) vom 25. Februar 2003; der Stadtrat beantragte mit Vorlage Nr. 3193 vom 15. April 2003, das Postulat sei **nicht erheblich** zu erklären; der Grosse Gemeinderat folgte an seiner Sitzung vom 29. April 2003 dem Antrag des Stadtrats und erklärte das Postulat als **nicht erheblich** (vgl. <https://www.stadt.sg.ch/home/verwaltung-politik/demokratie-politik/stadtparlament/geschaefte.geschaefteDetail.html?geschaefte-GUID=fa8ac78c65fa4779a052719fd1a0fcf7>)

*Ausserdem können auch die Anstrengungen im Integrationsbereich als Beitrag zu einem besseren Zusammenleben der Völker und Kulturen verstanden werden.*

*In diesem Sinne beantragt der Stadtrat, das Postulat **nicht erheblich** zu erklären.»*

Der Grosse Gemeinderat (heute: Stadtparlament) erklärte das Postulat an seiner Sitzung vom 29. April 2003 als nicht erheblich.

Die vorliegende Interpellation argumentiert, die historische Forschung habe seither wichtige neue Erkenntnisse gewonnen.

## 2 Beantwortung der Fragen

1. *Ist der Stadtrat bereit, analog zur Stadt Zürich<sup>2</sup> eine Studie zur Erforschung der tatsächlichen Beteiligung von St.Galler:innen und der Stadt St.Gallen an Sklaverei und Kolonialismus – und in kritischer Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit als Textilstadt – erstellen zu lassen?*

Eine Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit war in den letzten beiden Jahrzehnten mehrfach Thema von parlamentarischen Vorstössen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene.<sup>3</sup> Die Antworten auf diese parlamentarischen Vorstösse enthalten oft den Hinweis, diese Forschungsarbeit sei Angelegenheit der höheren Staatsebenen. Bisher liegen aber auf kantonaler oder nationaler Ebene erst wenige Ergebnisse vor.

Die in der Frage erwähnte Studie, welche die Stadt Zürich in Auftrag gegeben hatte, wurde vom Historischen Seminar der Universität, Lehrstuhl Prof. Dr. Gesine Krüger, am 2. September 2020 herausgegeben; das Executive Summary fasst die Erkenntnisse des Berichts betreffend Stadt Zürich, Zürcher Baumwollindustrie, Zürcherinnen und Zürcher sowie betreffend Familie Escher gemäss Beilage zusammen.

Der Stadtrat ist bereit, eine entsprechende Studie für die Stadt St.Gallen erstellen zu lassen.

2. *Sind über den beabsichtigten «Weg der Vielfalt» hinaus weitere Aktivitäten zur Anhebung des (post-)kolonialen Bewusstseins geplant, z. B. Veranstaltungsreihen zur kolonialen Vergangenheit in Zusammenarbeit mit den hiesigen Hochschulen, den historischen Vereinen sowie den Archiven in der Stadt St.Gallen?*

Der Bericht zum Postulat «Ein 'Weg der Vielfalt' durch St.Gallen» wurde vom Stadtrat mit Vorlage Nr. 2001 vom 23. August 2022 zuhanden Stadtparlament verabschiedet.<sup>4</sup> Bei der Inhaltssammlung für den Weg / das Netz der Vielfalt ist es das Ziel, alle Daten als Open Data zur Verfügung zu stellen. Das bedeutet, dass Dritte und damit auch Institutionen wie Schulen etc. mit den Inhalten arbeiten und neue Vermittlungsaktivitäten umsetzen können.

---

<sup>2</sup> Vgl. Auszug aus dem Protokoll des Stadtrats von Zürich, GR Nr. 2020/440 vom 24. März 2021: [https://www.gemeinderat-zuerich.ch/Geschaefte/detailansicht-geschaefft/Dokument/c8df0b9e-70af-4ff6-98fe-047cd8800881/2020\\_0440.pdf](https://www.gemeinderat-zuerich.ch/Geschaefte/detailansicht-geschaefft/Dokument/c8df0b9e-70af-4ff6-98fe-047cd8800881/2020_0440.pdf)

<sup>3</sup> Vgl. die Zusammenstellung der Parlamentarischen Vorstösse unter: <https://archiv.louverture.ch/BUCH/material/PARLA-MENT/VORSTLISTE.html> und <https://louverture.ch/parlamentarische-vorstoesse-zu-postkolonialen-themen/>

<sup>4</sup> Bericht über die Schaffung eines Weges der Vielfalt; [Postulatsbericht](#)

Die Stadt St.Gallen ist seit 2012 Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus und möchte ein Vorbild sein im Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt. Alljährlich findet das Fest der Kulturen am interkulturellen Begegnungstag statt; über 50 lokale Vereine und gemeinnützige Organisationen setzen unter dem Motto «Say NO to racism!» ein Zeichen gegen Ausgrenzung.

Bei den jährlichen kantonalen Aktionstagen gegen Rassismus finden jeweils auch in der Stadt St.Gallen Veranstaltungen statt.<sup>5</sup> Die Stadt St.Gallen hat das Ausstellungsprojekt «Nachdenken über das koloniale Erbe» vom Herbst 2022 im Lattich-Areal mit einem Beitrag unterstützt.

In diesem vielfältigen Rahmen werden auch weiterhin Aktivitäten und Veranstaltungsreihen in Zusammenarbeit mit anderen Körperschaften und Institutionen angestrebt.

3. *Wie liesse sich die Vermittlung der kolonialen Vergangenheit der Stadt St.Gallen und die damit verbundenen Wohlstandseffekte an jüngere Generationen, insbesondere in den städtischen Schulen, gezielt fördern?*<sup>6</sup>

Der Lehrplan für die städtischen Schulen ist kantonal vorgegeben. Die Antwort der Regierung des Kantons St.Gallen auf die Interpellation mit der Überschrift «Kolonial- und Sklavereigeschichte an St.Galler Schulen»<sup>7</sup> beschreibt die Inhalte und Voraussetzungen des kantonalen Lehrplans Volksschule für die Unterrichtseinheiten zu historischen und gesellschaftlichen Fragen in verschiedenen Kompetenzbereichen und Fächern. Für die Vermittlung der kolonialen Vergangenheit gibt es vom Bildungsrat empfohlene Lehrmittel<sup>8</sup>, welche die Lehrplaninhalte und die darin beschriebenen Kompetenzen für den Unterricht konkretisieren. Eine Sensibilisierung der Lehrpersonen für das Thema findet in den Weiterbildungsangeboten und in den regulären Ausbildungsgängen der Lehrerinnen- und Lehrerbildung statt. Schliesslich kann auf die Fachstelle Demokratiebildung und Menschenrechte der Pädagogischen Hochschule St.Gallen (PHSG) verwiesen werden, die sich auf den wissenschaftlichen Austausch, die Lehrerinnen- und Lehrerbildung und den Erkenntnistransfer auf die Zielstufe fokussiert.

In der oben erwähnten Interpellationsantwort kommt die St.Galler Regierung zusammenfassend zum Schluss, dass dem Thema Sklaverei- und Kolonialgeschichte genügend Rechnung getragen wird. Der Stadtrat schliesst sich dieser Einschätzung mit Blick auf die Vermittlung der kolonialen Vergangenheit der Stadt St.Gallen und der damit verbundenen Wohlstandseffekte an. Im Rahmen des Lehrplans Volksschule, der empfohlenen Lehrmittel sowie der Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote für die Lehrpersonen wird den in der Interpellation angesprochenen Themen genügend Beachtung geschenkt.

4. *Ist der Stadtrat in Sachen Reparationen bereit, seine Haltung aus dem Jahre 2003 zu überdenken und sich der Position des Berner Gemeinderats (Exekutive) vom Januar 2021 anzuschliessen,*

---

<sup>5</sup> siehe [www.gegenrassismus.sg.ch](http://www.gegenrassismus.sg.ch)

<sup>6</sup> Zum Beispiel analog zur UniBern: <https://www.phbern.ch/dienstleistungen/unterrichtsmedien/ideenset-postkoloniale-schweiz>

<sup>7</sup> Die schriftliche Antwort der Regierung vom 12. Januar 2021 auf die Interpellation Gähwiler-Buchs (18 Mitunterzeichnende) zu «Kolonial- und Sklavereigeschichte an St.Galler Schulen» ist unter Eingabe der Überschrift unter der Suchfunktion des Ratsinformationssystems des St.Galler Kantonsrats abrufbar (<https://www.ratsinfo.sg.ch/geschaefte>).

<sup>8</sup> Es handelt sich mit anderen Worten nicht um obligatorische Lehrmittel. Die Schulen bzw. ihre Lehrpersonen sind aufgrund der gesetzlich verbrieften Methodenfreiheit nicht verpflichtet, mit dem empfohlenen Lehrmittel zu unterrichten.

wonach «aus moralischer Sicht ausser Frage steht, dass den Opfern der Sklaverei und des Sklavenhandels eine Wiedergutmachung für das erlittene Leid zusteht»<sup>9</sup>?

Bei der in der Frage zitierten Aussage des Berner Gemeinderats (Exekutive) ist auch der erste Satzteil relevant:

*«Aus diesen Gründen ist eine Prüfung von allfälligen Reparationen aus Sicht des Gemeinderats zum jetzigen Zeitpunkt nicht opportun, auch wenn aus moralischer Sicht ausser Frage steht, dass den Opfern der Sklaverei und des Sklavenhandels eine Wiedergutmachung für das erlittene Leid zusteht.»<sup>10</sup>*

In den Zeilen vor dem obenstehenden Zitat führt der Berner Gemeinderat Folgendes aus:

*«Der Gemeinderat beurteilt deshalb die Frage nach einer allfälligen materiellen Wiedergutmachung für die Opfer der Sklaverei insgesamt kritisch. Er folgt dabei auch der Auffassung von namhaften Historikern, dass historisches Unrecht nicht in jedem Fall juristisch bewertet und mit Geld wiedergutmacht werden kann. Bei einer allfälligen Entschädigung von Opfern des Sklavenhandels stellen sich auch praktische Probleme, denn anders als im Fall von nachrichtenlosen Vermögen oder Verdingkindern gibt es keine lebenden Beteiligten mehr. Ausserdem ist weder eine konkrete Berechnung der wirtschaftlichen Schäden durch Kolonialisierung und Versklavung möglich noch klar, wer aus juristischer Sicht dafür haftbar gemacht werden kann.»<sup>11</sup>*

Der Stadtrat Zürich führt zur Frage von materieller Wiedergutmachung durch die Stadt Zürich als Macht- und Finanzzentrum des Stadtstaates des Ancien Régime sowie des späteren Kantons Zürich in der Antwort auf einen parlamentarischen Vorstoss aus:

*«Die Frage nach einer materiellen Wiedergutmachung durch die Stadt Zürich bzw. den Kanton Zürich als Rechtsnachfolger kann nicht abstrakt beantwortet werden, sondern wäre nach Vorliegen einer entsprechenden Forderung in jedem Einzelfall nach Massgabe des Schweizer Rechts zu prüfen. Der Stadtrat ist aber bereit, die Frage in politischer und gesellschaftlicher Hinsicht vertieft und breit zu prüfen, wie unsere heutige Gesellschaft an das den Sklavinnen und Sklaven im 18. und 19. Jahrhundert angetane Unrecht erinnern soll.»<sup>12</sup>*

Der Stadtrat teilt die Argumentation der Exekutiven der Städte Bern und Zürich und bekräftigt die Haltung, die er im Jahr 2003 bei der oben erwähnten Stellungnahme zu einem Postulatsbegehren einnahm:

*«Eine finanzielle Wiedergutmachung des in früheren Jahrhunderten zugefügten unermesslichen Leids erachtet der Stadtrat hingegen nicht als zielführend. Er erachtet es als wichtiger, zur Lösung der heutigen Probleme beizutragen und die heutigen Ungerechtigkeiten abzubauen.»*

---

<sup>9</sup> Die Antwort des Gemeinderates Bern zum Vorstoss «Berner Reparationszahlungen für Sklaverei?» (2020) findet sich unter: [https://louverture.ch/wpcontent/uploads/2021/01/Interpellation\\_AL\\_Antwort.pdf](https://louverture.ch/wpcontent/uploads/2021/01/Interpellation_AL_Antwort.pdf)

<sup>10</sup> Gemeinderat Bern 2020.SR.000281: [https://louverture.ch/wp-content/uploads/2021/01/Interpellation\\_AL\\_Antwort.pdf](https://louverture.ch/wp-content/uploads/2021/01/Interpellation_AL_Antwort.pdf), S. 4

<sup>11</sup> Gemeinderat Bern 2020.SR.000281: [https://louverture.ch/wp-content/uploads/2021/01/Interpellation\\_AL\\_Antwort.pdf](https://louverture.ch/wp-content/uploads/2021/01/Interpellation_AL_Antwort.pdf), S. 4.

<sup>12</sup> Vgl. Auszug aus dem Protokoll des Stadtrats Zürich, GR Nr. 2020/440 vom 24. März 2021: [https://www.gemeinderat-zuerich.ch/Geschaefte/detailansicht-geschaefft/Dokument/c8df0b9e-70af-4ff6-98fe-047cd8800881/2020\\_0440.pdf](https://www.gemeinderat-zuerich.ch/Geschaefte/detailansicht-geschaefft/Dokument/c8df0b9e-70af-4ff6-98fe-047cd8800881/2020_0440.pdf), S. 2f.

5. *Wie weit ist das Historische und Völkerkundemuseum mit der Kontextualisierung von kolonialen Objekten in ihrer Sammlung (z. B. der Benin-Bronzen)?<sup>13</sup> Gibt es Bestrebungen, mit den entsprechenden Institutionen der vom Kolonialismus betroffenen Länder zum Umgang mit und in der Frage der Rückgabe von kolonialen Objekten zusammenzuarbeiten?*

Das Historische und Völkerkundemuseum hat auf den 1. August 2022 wieder eine Ethnologie-Kuratoriumsstelle geschaffen und mit einer Ethnologin und Afrikanistin besetzt. Dieser Schritt gehört zur eingeleiteten gezielten Profilschärfung des Hauses. Das Museum wird die Kooperation mit Herkunftsländern und -gesellschaften seiner Sammlungsbestände in den Bereichen Erforschung, Bewahrung und Vermittlung von Kultur und Kulturgütern fördern. Des Weiteren wird das Museum die Online-Datenbank rasch weiter ausbauen, damit weltweit darauf zugegriffen werden kann. Das Museum beteiligt sich zudem an der Benin-Initiative Schweiz. In diesem Projektverbund werden die Benin-Sammlungsbestände erforscht, gemeinsam mit internationalen und nigerianischen Fachpersonen, und es werden auf seriöser Basis gemeinsame Lösungen für den künftigen Umgang mit dem Kulturgut gesucht.

Die Stadtpräsidentin:  
Maria Pappa

Der Stadtschreiber:  
Manfred Linke

Beilagen:

- Executive Summary aus: Marcel Brengard, Frank Schubert, Lukas Zürcher: Die Beteiligung der Stadt Zürich sowie der Zürcherinnen und Zürcher an Sklaverei und Sklavenhandel vom 17. bis ins 19. Jahrhundert; Bericht zu Handen des Präsidialdepartements der Stadt Zürich; Universität Zürich; Historisches Seminar – Lehrstuhl Prof Dr. Gesine Krüger; Zürich, 2. September 2020; Beilage zu Stadtratsbeschluss STRB Nr. 277/2021
- Interpellation vom 5. Juli 2022

---

<sup>13</sup> Einfache Anfrage von Gallus Hufenus: Rückführung der Benin-Bronzen des Völkerkundemuseums St.Gallen, 17.01.2019: <https://www.stadt.sg.ch/homeArerwaltune-politik/demokratie-politik/stadtparlamentipeschaefte.geschaefteDetail.html?geschaefte-GUID=b3f6fd9b50af41188e081db530ea5b71>